

Antrag der AfD-Fraktion Ludwigshafen; Kommunaler Flüchtlingsgipfel

KSD 20150856

**Antrag 01/2015  
Kommunaler Flüchtlingsgipfel**

**AfD-Fraktion Lud-  
wigshafen  
Moltkestr. 8  
67059 Ludwigshafen**



AfD-Fraktion • Moltkestr. 8 • 67059 Ludwigshafen

Jörg Matzat • Fraktionsvorsitz  
Norbert Grimmer • Stv. Vorsitz  
Andreas Hofmeister • Stv. Vor-

sitz

Andreas Kühner • Geschäfts-

führer

Oliver Sieh

An Frau  
Oberbürgermeisterin  
Dr. Eva Lohse

Ludwigshafen, 21.02.2015

**Antrag der AfD-Fraktion zur Stadtratssitzung am 23.03.2015**

**Titel: Kommunaler Flüchtlingsgipfel**

Sehr geehrte Frau Dr. Lohse,

die AfD-Fraktion Ludwigshafen ist fassungslos angesichts der Beantwortung ihrer Stadtratsanfrage zur Situation der Flüchtlingskinder durch die Stadtspitze im Stadtrat am 09.02.2015. Die Beantwortung der Fragen war von Mangel an Empathie, Problemnegierung und Verweigerung der Erfüllung gesetzlich normierter Rechtsansprüche geprägt. Der Stadtvorstand hat zudem Fragen zutiefst unbefriedigend beantwortet, so z.B. die Frage 2 nach dem zentralen IT-gestützten Verteilsystem für Kindergartenplätze. Ein solches existiert nachweislich nicht. Andere Fragen wurden mit Plattitüden beantwortet, die eine zutiefst besorgniserregende Grundeinstellung erkennen ließen. Diese Haltung ist weder dem Problem angemessen, noch zeigt sie Respekt gegenüber gewählten Stadträten, die sich auch ganz persönlich um eine Verbesserung der Situation der Flüchtlinge bemühen.

Wir erkennen an, dass sich bereits zwei Ortsbeiräte (Nord und Mundenheim) zu einer Resolution zusammengefunden haben. Auch der SPD-Vorsitzende Schneider hat das Thema aufgegriffen und fordert u.a. mehr Sozialarbeiter vor Ort. Die AfD-Fraktion ist der Auffassung, dass den Lippenbekenntnissen nun schnell Taten folgen müssen, da das Problem akut ist.

**Die AfD-Fraktion stellt daher folgenden Antrag:**

**Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung mit der Ausrichtung eines kommunalen Flüchtlingsgipfels in Ludwigshafen schnellstmöglich aber spätestens bis zum Ende Juli 2015 zu beauftragen.**

Bis heute ist leider nicht einmal ansatzweise erkennbar, wie die Stadtspitze die von ihr selbst bereits kommunizierten Flüchtlingszahlen von schätzungsweise zusätzlich 700 Menschen allein in 2015 menschenwürdig und angemessen versorgen will.

Zu dieser Versorgung gehören nach Auffassung der AfD-Fraktion folgende Komponenten:

- Angemessene **dezentrale** Unterbringung der Flüchtlinge in einer möglichst homogenen Verteilung in den Stadtteilen
- Frühzeitige Versorgung mit Sprachkursen
- Frühzeitige Versorgung mit KiTa-Plätzen
- Frühzeitige Schulfähigkeitsfeststellung schulpflichtiger oder schulpflichtig werdender Kinder und rechtzeitige Intervention durch Individualförderung
- Umfassende und flächendeckende Beratung der Flüchtlinge über Strukturen in Deutschland und Ansprüche auf Sozialleistungen
- Frühzeitige Ermittlung der beruflichen Potenziale der Flüchtlinge
- Vermittlung von Anpassungsqualifikationsmaßnahmen (s.a. IAB 26/2014 zur Beseitigung des Fachkräftemangels)
- Unterstützung bei frühzeitiger Antragsstellung nach BQFG
- Einbindung der freien Träger durch klare Aufgabenfixierung und –zuweisung
- Einbindung der Bevölkerung z.B. durch Forderung der Übernahme von „Patenschaften“ für Einzelpersonen, Flüchtlingsfamilien oder auch Kinder
- Ansprache der Wirtschaft für „soziales Sponsoring“ wie z.B. Förderung von Spenden von Transportfahrzeugen oder Übernahme von Vereinsbeiträgen
- Ansprache der Ludwigshafener Vereine zwecks Schaffung niederschwelliger Angebote
- Einsatz von Familienhelfern bei multiplen Problemlagen

Diese Aufzählung ist sicher nicht abschließend. Sie soll beispielhafte Themen aufzeigen, die bei einem kommunalen Flüchtlingsgipfel diskutiert werden können. Die AfD-Fraktion ist der Auffassung, dass es höchste Zeit ist das Thema fraktions- und parteienübergreifend in Ludwigshafen zu behandeln. Angesichts einer Integrationsministerin, die „von der Dynamik des Themas Flüchtlingspolitik überrascht ist“ (Rheinpfalz vom 24.01.2015), kann man sich von der Landesregierung nicht allzu viel erhoffen. Hier überzeugt der Ansatz eines kommunalen Flüchtlingsgipfels, den auf Initiative des MdB Rüdell (CDU) z.B. der Kreis Neuwied verfolgt.

Angesichts der Dynamik des Themas, die auch im neuesten Migrationsbericht der Bundesregierung deutlich wird und durch Rechtsprechung z.B. KiTa-Bereich kommunal erhebliche Bedeutung gewinnen wird, sollte die Stadt Ludwigshafen deutliche Akzente setzen. Das bisherige Verwalten von Flüchtlingen mit Containerverwahrung sollte von einem humanitären Umgang auf Augenhöhe, einem integrativen Miteinander und einer klar umrissenen und aktiven Willkommenskultur abgelöst werden. Viele der Menschen, die zu uns flüchten werden für viele Jahre bei uns bleiben, manche für immer. Lassen Sie uns danach handeln.

Norbert Grimmer  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
AfD Fraktion Ludwigshafen